

PRESSEMITTEILUNG

Sonntag, 30. November 2008

„Immobilienmakler stehen nicht über dem Gesetz“

„In welchem Land leben wir eigentlich, dass jetzt Immobilienmakler darüber entscheiden wollen, wie die Diskussionskultur hierzulande aussehen soll“. Mit diesen Worten reagierte der Kreisverband Delmenhorst der Partei DIE LINKE. auf die öffentlichen Bemerkungen des Immobilienmaklers Peter Hodde, die Diskussion um die Ansiedlung eines Einkaufscenter in der Innenstadt sei – so wörtlich – „geschäftsschädigend“.

Jörg Dombrowe und Peter Vogel, Sprecher der Linkspartei: „Wenn Herr Hodde glaubt, mit seinen Bemerkungen die Diskussionsfreiheit hierzulande abschaffen zu können, dann muss er sich darüber belehren lassen, dass nicht seine persönlichen Profitinteressen die demokratische Diskussionskultur bestimmen“. Die Tatsache, dass bereits über 5000 wahlberechtigte Delmenhorster durch ihre Unterschrift gegen ein Einkaufscenter votiert haben, sollte Herrn Hodde zu denken geben. Die Linkspartei: „Es gibt in Deutschland kein Gesetz, das die Interessen von Immobilienmaklern über die Interessen der Bevölkerung stellt“. Die Linkspartei appelliert an die Adresse von Hausbesitzern in der Innenstadt, sich intensiver um eine Vermietung ihrer Besitzstände zu kümmern. „Allein die Klage darüber, dass jede Menge Leerstände vorhanden sind, führt nicht zu einer Besserung des Problems“. Die Linkspartei, so Dombrowe und Vogel, habe bereits vor mehreren Wochen im Rahmen einer Umfrage den Nachweis erbracht, dass diese Leerstände „hausgemacht“ sind, weil in vielen Fällen die Mieten zu hoch sind.

„Die Hausbesitzer müssen endlich von ihrem hohen Ross heruntersteigen und günstigere Mieten anbieten“. Allein die Hoffnung darauf, dass ein Einkaufscenter das Innenstadtgeschäft belebe ist eine trügerische Erwartung. In anderen Städten ist bereits der Nachweis erbracht worden, dass solche Innenstadtcenter zum Flop werden und schließlich nur noch als Abschreibungsobjekt taugen. Die Linkspartei: „Wer sich heute für solche Einkaufstempel stark macht, muss sich hinterher in die politische Verantwortung nehmen lassen“.

Jörg Dombrowe
Sprecher DIE LINKE
Ratsherr

Peter Vogel
Sprecher DIE LINKE